



MUSIK

Hape Kerkeling stellt ein Album mit seinen 14 Lieblingsliedern vor.

LETZTE SEITE



MIGRATION

Seehofer will Kontrollen an Grenze zu Polen.

SEITE 3



CORONA

Joshua Kimmich hat Bedenken gegen die Impfung.

SEITE 11



SEITE 1 MO., 25. OKTOBER 2021

Meine Zeitung für den nördlichen Landkreis Regensburg von Das Medienhaus

77. JAHRGANG / NR. 247 / 2,20 EURO

ANZEIGE

MÖBELHOF

EXTREM SPARWOCHE

Jetzt Schnäppchen sichern!

Infos auf: moebelhof.de

LOKALES

SV Zeitlarn sieht sich gut aufgestellt

ZEITLARN. Trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie sind dem Verein die fast 700 Mitglieder treu geblieben. Vorsitzender Bucher zieht sich zurück. **SEITE 33**

20 Millionen Euro für den Kreisbauhof

REGENSBURG/UNTERHEISING. 41 Gemeinden profitieren vom Großprojekt. Eigentlich sollte der Neubau in der Nähe der Autobahnanschlussstelle Rosenhof längst fertig sein. **SEITE 31**

INHALT

Sport	Seite 11
Kultur	Seite 8
Junior	Seite 39
Themenwelten	Seite 38
TV & Radio	Seite 19

IN EIGENER SACHE

Gibt es ein Thema, das Sie bewegt? Schreiben Sie uns!
E-Mail: redaktion@mittelbayerische.de

ANZEIGE

MASCHKE Automobile

Audi Gebrauchtwagen .plus Wochen von 10.09. - 31.10.2021 bei Maschke

WETTER

Mo. 12° | Di. 12° | Mi. 12°

Alle Vorhersagen finden Sie im Innenteil

KONTAKT

MITTELBAYERISCHER VERLAG
Kumpfmühler Straße 15
93047 Regensburg
(0800) 207 207-0
www.mittelbayerische.de

1 3 1 4 3

4 194033 202206



Der Jahn darf wieder jubeln

REGENSBURG. Die Mannschaft des SSV Jahn Regensburg hat nach dem 3:1-Heimsieg gegen Hannover 96 wieder Grund zum Jubeln (Foto: Armin Weigel/dpa). Das Team von Trainer Mersad Selimbegovic behauptet sich damit in der Spitzengruppe der 2. Fußball-Bundesliga. **SEITE 13**

Erdogan brüskiert den Westen

DIPLOMATIE Die Türkei erklärt zehn Botschafter zu unerwünschten Personen. Auch Deutschland ist betroffen.

ISTANBUL/BERLIN. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit der angedrohten Ausweisung von zehn Botschaftern die Beziehungen des Westens zur Türkei vor eine neue Belastungsprobe gestellt. Die betroffenen Staaten, darunter Deutschland und die USA, berieten am Sonntag über eine angemessene Reaktion auf Erdogans Ankündigung, ihre Botschafter zu unerwünschten Personen zu erklären.

Erdogan hatte zuvor im westtürkischen Eskisehir gesagt, er habe das Außenministerium angewiesen, die zehn

Botschafter zur „Persona non grata“ zu erklären. Ein solcher Schritt bedeutet in der Regel die Ausweisung der Diplomaten.

Hintergrund ist eine Erklärung der Botschafter von Anfang der Woche. Darin fordern sie die Freilassung des türkischen Unternehmers Osman Kavala. Der 64-Jährige sitzt seit 2017 in Istanbul in Untersuchungshaft, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) schon 2019 seine Freilassung angeordnet hatte.

Vorwürfe politisch motiviert

Kavala wird beschuldigt, die regierungskritischen Gezi-Proteste in Istanbul 2013 unterstützt und einen Umsturzversuch angezettelt zu haben. Ihm wird außerdem „politische und militärische Spionage“ im Zusammenhang mit dem Putschversuch von 2016 vorgeworfen. Kritiker sehen die Vorwürfe als politisch motiviert.

Aus Kreisen des Auswärtigen Amts in Berlin hieß es zur Ankündigung Erdogans: „Wir haben die Äußerungen des türkischen Staatspräsidenten Erdogan sowie die Berichterstattung hierüber zur Kenntnis genommen und beraten uns derzeit intensiv mit den neun anderen betroffenen Ländern.“ Aus



Man muss dem autoritären Kurs Erdogans international die Stirn bieten.“

CLAUDIA ROTH
Bundestagsvizepräsidentin

dem US-Außenministerium hieß es, man suche „Klarheit vom Außenministerium der Türkei“.

Die Augen sind nun auch auf den türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu gerichtet. Setzt er die Anweisung seines Chefs um, wäre es ein drastischer Schritt, der die Beziehungen des Nato-Partners Türkei zur EU sowie zu den USA stark belasten würde – und das eine Woche vor dem G20-Gipfel in Rom. Dort hofft Erdogan eigentlich auf ein bilaterales Treffen mit US-Präsident Joe Biden.

Sanktionen gefordert

Deutsche Politiker verurteilten das türkische Vorgehen scharf. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) forderte Sanktionen und einen Stopp von Rüstungsexporten. „Man muss dem autoritären Kurs Erdogans international die Stirn bieten“, sagte sie der dpa. **SEITE 4**

Opfer erstochen

STRAFTAT Wurde die 14-Jährige in München von einem Freund getötet?

MÜNCHEN. Ein 14-jähriges Mädchen ist tot in der Wohnung seiner Eltern in München aufgefunden worden. Das Mädchen habe Gewalteinwirkungen aufgewiesen, man gehe von einem Tötungsdelikt aus, sagte ein Polizeisprecher am Sonntag. Tatverdächtig sei ein 17-jähriger Münchner, der mit dem Mädchen befreundet gewesen sei. Nach ihm werde gefahndet.

„Wir gehen davon aus, dass sie sich vorher kannten“, sagte der Polizeisprecher. Zunächst hatte die Polizei den 17-jährigen als Ex-Freund des Mädchens bezeichnet, auch war von Stich-

verletzungen die Rede gewesen. Die Polizei machte zunächst keine Angaben dazu, warum der 17-Jährige als tatverdächtig gilt. Die Ermittlungen vor Ort hätten ergeben, dass man von ihm als Täter ausgehe, sagte ein Sprecher. Auch ein mögliches Motiv war zunächst unklar.

Die Polizei war am Sonntagmorgen zu dem Haus im Münchner Stadtbezirk Bogenhausen gerufen worden. Die Tat sei wohl im Laufe der Nacht passiert, sagte der Sprecher. Rettungskräfte hätten noch vergeblich versucht, das Mädchen zu reanimieren. Am Sonntagmittag lief dann im Münchner Osten ein größerer Polizeieinsatz. Eine Hundertschaft suchte die Umgebung ab, laut Polizei ist das bei einem Tötungsdelikt Routine. (dpa)

Falsche QR-Codes

KRIMINALITÄT Immer mehr Impfausweise werden manipuliert.

MÜNCHEN. Bayerns Polizei registriert zunehmend Impfausweise mit gefälschten Corona-Zertifikaten. „Wir gehen davon aus, dass immer mehr gefälschte Impfausweise im Umlauf sind“, sagte Innenminister Joachim Herrmann (CSU) in München. Am Freitag war Ermittlern in München ein Schlag gegen Betrüger gelungen, die Hun-

Innenminister Joachim Herrmann
FOTO: WEIGEL/DPA

derte gefälschte QR-Codes für den digitalen Impfausweis hergestellt und im Internet verkauft haben sollen.

Zwei Beschuldigte kamen in Untersuchungshaft, die Ermittler sprachen von einem Verfahren von „überdurchschnittlicher Bedeutung“. Unabhängig davon hat die bayerische Polizei 440 Fälle registriert, die im Zusammenhang mit der Fälschung von Impfpässen, Impfzertifikaten oder Impfstoffetiketten stehen.

Gefälschte Impfausweise sind ein bundesweites Problem. Die Ministerpräsidentenkonferenz forderte den Bund am Freitag auf, zu prüfen, wie die Fälschung von Impf-, Genesen- und Testbescheinigungen bestraft werden kann. (dpa) **SEITE 2**

